

Völkermord an den Eelam Tamilen
DER FRIEDENSPROZESS STOPPT DEN
VÖLKERMORD

Eingereicht vom Internationalen Menschenrechtsverein Bremen

I. Die 1990er Jahre: Die Wegbereiter des Friedensprozesses

Die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen der Regierung von Sri Lanka (GoSL) und den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) im Februar 2002 ist das Ergebnis nationaler und internationaler Entwicklungen, deren Ausgangspunkt Anfang der 1990er Jahre zu finden ist. Der Friedensprozess ist das Resultat einschneidender politischer, wirtschaftlicher und militärischer Veränderungen auf globaler Ebene und deren Auswirkungen auf den Konflikt in Sri Lanka.

Der Friedensprozess bringt zwei Entwicklungslinien zusammen. Die nationale Ebene ist gekennzeichnet von der Entwicklung der LTTE zu einer konventionellen Streitmacht. Die konventionellen Fähigkeiten dienen der LTTE dazu, ein militärisches Gleichgewicht der Kräfte als strategischem Druckmittel zur Erzwingung von Friedensverhandlungen zu erlangen. Auf internationaler Ebene findet zur gleichen Zeit der Diskurs über neue Ansätze der Konfliktlösung seinen Weg in die entwicklungspolitischen Strategien der westlichen Industriemächte, insbesondere innerhalb der EU.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und seine Auswirkungen auf den tamilischen Freiheitskampf

Der tamilische Freiheitskampf entwickelte sich vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zwischen der westlichen Allianz und dem sowjetischen Block. Die strategische Bedeutung Sri Lankas und insbesondere der tamilischen Regionen wurde in großem Ausmaß vom Ost-Westkonflikt bestimmt. Mit dem Fall der Sowjetunion und dessen Auflösung in 1991 schwand die Bedeutung Sri Lankas jedoch nicht. Vielmehr wurde die strategische Arena durch eine neue Konfrontation verschiedener geopolitischer Akteure und eine neue Zusammensetzung von Allianzen transformiert. Indiens Engagement in der Bewegung der blockfreien Staaten (NAM) und seine Beziehungen zur Sowjetunion hatten das Land vormals zum Sprachrohr für die humanitären Forderungen der Tamilen gemacht. Mit dem Fall der Sowjetunion und der darauffolgenden Neuausrichtung Indiens an die USA, die 1991 unter Premierminister Rao eingeleitet wurde, verschwand dieser politische Spielraum jedoch. Venugopal schreibt dazu: *„Die wichtigsten diplomatischen Interventionen fanden auf offizieller Ebene statt, meist durch die indische Regierung, indische diplomatische Vertretungen und indische Delegationen zu internationalen Treffen auf Staatsebene, wie der UN-Kommission für Menschenrechte und der Unterkommission zur Verhinderung von Diskriminierung und dem Schutz von Minderheiten. Aber diese Unterstützung durch Indien*

auf offizieller Ebene verschwand Ende der 1980er Jahre und ließ die Tamil Eelam-Bewegung ohne offiziellen diplomatischen Status zurück.“¹ Auf internationaler Staatsebene schwanden daher die Möglichkeiten der Tamilen, ihre politischen Ziele zu artikulieren – mit dem Effekt, dass das Feld dem srilankischen Staat überlassen wurde. Dies führte unausweichlich dazu, dass sich die internationale Wahrnehmung des Konfliktes im Allgemeinen und der LTTE im Besonderen rapide veränderte.

Wichtiger noch als der Verlust der politischen Unterstützung war für die Tamilen, dass sie die existentielle Protektion eines Landes verloren, das zum Einen bereit gewesen war, im Falle exzessiver Übergriffe des srilankischen Staates auf die tamilische Bevölkerung notfalls seine militärischen Muskeln spielen zu lassen, und das zum Anderen den Einfluss der USA eindämmte, die bis dahin die srilankischen Streitkräfte nur klandestin durch Proxi-Staaten wie Pakistan und Israel bewaffneten.²

Diese Entwicklungen auf der politischen und militärischen Ebene mussten unausweichlich zu einer Neuorganisierung der LTTE führen. Die Erkenntnis, dass sie ohne jegliches äußeres Druckmittel gezwungen war, den Sinhalesen direkt entgegenzutreten, zwang die LTTE dazu, sich auf die militärischen Aspekte ihres Kampfes zu konzentrieren. Infolgedessen lag in der Folgezeit der Fokus auf dem Aufbau militärischer Stärke, um den srilankischen Staat als ebenbürtige Macht zu konfrontieren. Die Merkmale der Schlacht um Pooneryn im November 1993 markieren die rapide Transformation der LTTE von einer Guerilla-Bewegung zu einer Streitmacht mit konventionellen Fähigkeiten. Mit der Neuausrichtung der LTTE ging auf der anderen Seite eine zunehmend offene Unterstützung des srilankischen Staates durch die USA einher. In 1993, während der Präsidentschaft von Bill Clinton, nahmen die USA die Waffenlieferungen an Sri Lanka wieder auf und begannen darüber hinaus damit, heimlich srilankische Eliteeinheiten innerhalb des Landes selbst auszubilden.³ Gleichzeitig zur wachsenden militärischen Unterstützung verschärfte die Clinton-Administration ihre Rhetorik gegen die LTTE und verbot die Organisation schließlich in 1997, womit ihre Ziele als auch die Gründe für ihre Existenz faktisch delegitimiert wurden.

¹ Venugopal, Rajesh (2003): *The global Dimensions of Conflict in Sri Lanka*. Working Paper Number 99. Queen Elizabeth House, Oxford.

² siehe Muni, S.D. (1993): *Pangs of Proximity. India and Sri Lanka's Ethnic Crisis*. Sage Publications, New Delhi

³ siehe Kaufman, Mark (1996): *U.S. quietly expands its role in Sri Lanka. Green Berets help train soldiers, open path for military presence*. The Dallas Morning News

Diese politische Linie stand im Einklang mit einer der beiden konkurrierenden globalen Trends der 1990er Jahre. Der erste war die neue Einigkeit nach dem Kalten Krieg in Bezug auf „Terrorismus“. Diese kam zum Ausdruck in der Resolution 49/60 der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu ‚Maßnahmen zur Eliminierung des internationalen Terrorismus‘ von Dezember 1994. Diese Resolution wurde zwischen 1972 und 1989 neun Mal unter dem Titel ‚Maßnahmen zur Verhinderung des internationalen Terrorismus‘ verabschiedet. Aber in 1994 wurde die Resolution bedeutend verändert. Venugopal erläutert: *„Während diese Resolutionen den internationalen Terrorismus verurteilten, beinhalteten sie stets Formulierungen, mit denen die Notwendigkeit anerkannt wurde, die zugrundeliegenden legitimen Gründe anzugehen, einschließlich Kolonialismus, Rassismus, Menschenrechtsverletzungen, sowie Fremdherrschaft und ausländische Besatzung. Zusätzlich beinhaltete jede Resolution eine Bestätigung des Rechtes auf Selbstbestimmung. Die Resolution von 1994, die in ‚Maßnahmen zur Eliminierung des internationalen Terrorismus‘ umbenannt wurde, wurde als Durchbruch auf der Ebene internationaler staatlicher Kooperation angesehen, da in ihr zum ersten Mal weder die Gründe für Terrorismus noch das Recht auf Selbstbestimmung genannt wurden.“*⁴ In den folgenden Jahren wurde der Terrorismus als eine neue Gefahr geboren, die eine Verfolgung strategischer Interessen mit militärischen Mitteln gegen andere Staaten oder das gewaltsame Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung rechtfertigte.

Der andere globale Trend jedoch, der in den 1990er Jahren aufkam, stand der Wiederbegründung der militärischen Rhetorik des Kalten Krieges diametral entgegen und setzte auf einen breiten Diskurs über neue Ansätze in der Entwicklungspolitik, die insbesondere auf die Konfliktlösung und Konfliktvermeidung zielten.

Nach dem Kalten Krieg: Entwicklungspolitik im Wandel

Während des Kalten Krieges war internationale Entwicklungshilfe in großem Ausmaß der globalen Rivalität zwischen dem US-dominierten Kapitalismus und dem sowjetisch geführten sozialistischen System untergeordnet. Das Ende des Kalten Krieges und die darauffolgende Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den verbleibenden und aufstrebenden Großmächten, namentlich die EU und die USA zu jener Zeit, wirkte sich auf die Art und Weise aus, in der Entwicklungshilfe wahrgenommen wurde.

⁴ Venugopal (2003)

Wie Stokke (2011) erklärt, knüpften beide Seiten während der Sowjetzeit Entwicklungshilfe nicht an Menschenrechte, da strategische Interessen im Vordergrund standen. Nach dem Fall der Sowjetunion hingegen „wurde zunehmend anerkannt, dass Konflikte einer erfolgreichen Entwicklung entgegen stehen, aber auch, dass Entwicklungshilfe ein Instrument für die Gestaltung eines liberalen Friedens sein kann. Die Furcht vor transnationalen Auswirkungen lokaler Konflikte machte die Lösung innerstaatlicher Konflikte zudem zu einer Angelegenheit von globaler Sicherheit. In der Folge kam es bei der internationalen Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe zu einem Wandel weg von Konfliktblindheit hin zu einer konfliktsensiblen Entwicklungshilfe, die zunehmend als Mittel zur Konflikttransformation und Schaffung eines liberalen Friedens eingesetzt wurde.“⁵

Dies basierte auf der Annahme eines Teils der westlichen Mächte, dass Frieden an sich eine gute Sache sei, in anderen Worten, dass ein freier Markt, liberaler Frieden sowie globale Sicherheit sich gegenseitig förderten. Die Hoffnung auf eine „friedliche Welt, in der das Kapital seine Dominanz ausweitet und eine liberale Demokratie die Politik beherrscht“⁶, war jedoch schnell wieder vergangen. Dies lag daran, dass selbst in den frühen 90er Jahren sich nicht nur die Konflikte verschärften und neue Konflikte hinzukamen, sondern auch von Teilen der westlichen Allianz neue Kriege initiiert wurden. So kam es bereits kurz nach dem Fall des Sowjet-Blocks zu einer zunehmenden Spaltung zwischen Teilen der Industriemächte, die für freien Markt und liberale Demokratie – und der darauf basierenden globalen Sicherheit – standen, und der diametral entgegengesetzten Position anderer Staaten, die eine monopolistische Kontrolle von Rohstoffen anstrebten. Die politische Auseinandersetzung dieser beiden Seiten des kapitalistischen Lagers spiegelte sich in dem Kampf darum wider, Deutschlands Position des liberalen Friedens in Sri Lanka aufrechtzuerhalten. Auf der einen Seite stand die konfliktsensible Zuteilung von Entwicklungshilfe, was in Sri Lanka bedeutete, der Aufrechterhaltung der Statusparität in den Verhandlungen und friedensfördernden Projekten Priorität einzuräumen. Im Widerspruch dazu stand die Politik der USA und Großbritanniens, die militärischen Fähigkeiten des srilankischen Staates neu aufzubauen und zu stärken.

Die verschiedenen Herangehensweisen an die Konfliktbewältigung reflektieren die gegensätzlichen ökonomischen Ansätze der USA und der EU, angeführt von Deutschland als

⁵ Stokke, Christian (2011): Liberal Peace in Question. The Sri Lankan Case. In: Stokke, Christian; Jayadeva Uyangoda: Liberal Peace in Question: Politics of State and Market Reform in Sri Lanka. Anthem Press, London

⁶ ebd.

größter Industriemacht. Als Wirtschaftsmacht hat Deutschland ein Interesse an stabilen Märkten und dem sicheren Fluss von Gütern und Ressourcen. Deutschland ist weltweit eine der stärksten Exportnationen. Mit einem Handelsüberschuss von 238 Milliarden US-Dollar übertraf Deutschland 2013 sogar China und Saudi-Arabien.⁷ In 2012 exportierte Deutschland Güter im Wert von 1,1 Billionen Euro.⁸ Dementsprechend verfolgt Deutschland – aus rein ökonomischer Sicht – das Konzept des sogenannten ‚liberalen Friedens‘, da es seiner produktionsorientierten Wirtschaft dient, in der es seine Stärke entfalten kann. Nach Deutschlands Denkweise ist liberaler Frieden gleich freier Markt gleich globale Sicherheit.

Dieser Ansatz steht jenem der USA und Großbritannien diametral entgegen. Die USA und Großbritannien streben nach der Kontrolle von Rohstoffen und strategischen Punkten, um mit wirtschaftlich weiterentwickelten Staaten wie Deutschland konkurrieren zu können. Die Umsetzung dieses Ansatzes erfordert eine militärisch orientierte Strategie, weshalb diese Länder kein Interesse an einem liberalen Frieden haben. Die Entwicklungspolitik der USA hat sich daher bis heute fast nicht geändert. Entwicklungshilfe ist bedingungslos an nationale Interessen geknüpft, wobei USAID der direkten Kontrolle des US-Außenministeriums und dem Nationalen Sicherheitsrat untersteht.

Es wäre jedoch falsch, den Wandel in der Entwicklungshilfe ausschließlich auf ökonomische Erwägungen zu beschränken. Es könnte zwar argumentiert werden, dass Deutschland gezwungen ist, ausschließlich auf wirtschaftlicher Ebene zu konkurrieren, da es keinerlei militärische Fähigkeiten besitzt, seine strategischen Interessen zu vertreten, und daher dem Konzept des ‚liberalen Friedens‘ aufgeschlossen gegenüber steht. Zutreffender ist jedoch, dass die existierenden Bedingungen und Eigenschaften der deutschen Wirtschaft dazu beigetragen haben, eine Akzeptanz für neue Konzepte der Entwicklungshilfe schaffen, die seit Anfang der 1990er Jahre diskutiert wurden. Auf diese Weise eröffnete der wirtschaftliche Konkurrenzkampf der ernsthaft besorgten humanitären Gemeinschaft politische Spielräume und stärkte ihre Ideen, die kurz darauf offizielle Richtlinien staatlicher Politik wurden.

Dieser neue Diskurs hatte Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen. *Auf globaler Ebene* spiegelte sich der Diskurs in der ‚Agenda für den Frieden‘ des damaligen UN-

⁷ siehe Der Spiegel (2013): Exportboom: Deutschland steuert auf Rekordüberschuss zu. Abgerufen von: ["http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/exportboom-deutschland-steuert-auf-rekordueberschuss-zu-a-920607.html"](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/exportboom-deutschland-steuert-auf-rekordueberschuss-zu-a-920607.html)

⁸ siehe Statista (2013): Exporte aus Deutschland nach Güterabteilungen. Abgerufen von: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/151019/umfrage/exportgueter-aus-deutschland/>

Generalsekretärs Boutros Boutros Ghali und Dokumenten internationaler Organisationen, wie dem OECD-Papier ‚Das 21. Jahrhundert gestalten‘ von 1997, oder der Aufnahme von Konfliktbewältigung in die Richtlinien des OECD-Entwicklungshilfekomitees (DAC) wider. In den 1990er Jahren fanden zahlreiche Weltkonferenzen statt, darunter die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro in 1992, die Weltmensenrechtskonferenz der UN in Wien in 1993 oder die Weltkonferenz für Soziale Entwicklung in Kopenhagen in 1995. Die Konferenzen schufen ein Gefühl eines neuen Multilateralismus, das ein Bild eines kollektiven Streben nach friedlichen Lösungen für die Probleme der Welt formte.⁹

Auf europäischer Ebene waren die Entscheidung des Europäischen Rates zu friedensschaffenden Maßnahmen und die Einbeziehung der Entwicklungspolitik in die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik des Maastricht-Vertrages sowie die Tatsache, dass der neue entwicklungspolitische Ansatz nach den Wahlsiegen von Blair und Schröder in Großbritannien und Deutschland zur offiziellen Staatspolitik erhoben wurde, ein Signal dafür, dass die neuen Lösungsansätze nicht nur in der humanitären Gemeinschaft eine breite Akzeptanz erfuhren.¹⁰

Auf deutscher Ebene hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereits 1992 das Instrument der sogenannten Länderkonzepte eingeführt. Die neuen Länderkonzepte sind nicht-sektoral und übergreifend angelegt. Dies bedeutet, dass für jedes Land ein bestimmter Schwerpunkt ermittelt wird, an dem alle Projekte ausgerichtet sind. Die Konzepte sind inhaltlich wie folgt strukturiert: 1) Menschenrechte und Demokratie, Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit; 2) Bedeutung des Landes für regionale und globale Entwicklung, deutsche Sicherheits- und Handelsinteressen; 3) Krisenprävention und Krisenbewältigung; 4) wirtschaftliche Entwicklung.¹¹

Nachdem in 1998 unter Gerhard Schröder eine rot-grüne Regierung in Deutschland an die Macht gekommen war, wurde der neue Ansatz der Konfliktbewältigung durch eine Restrukturierung des BMZ und der Einrichtung eines entsprechenden neuen Ressorts konsolidiert. Konfliktbewältigung wurde von der Regierung Schröder zur globalen

⁹ siehe Klemp, Ludgera (2001): Entwicklungspolitik am Scheideweg – politische Randerscheinung oder globale Strukturpolitik? In: Politik und Zeitgeschichte, B 18-19/2001

¹⁰ ebd.

¹¹ siehe Kenneweg, Jochen (2000): Länderkonzepte und Förderstrategien. Zur Weiterentwicklung des Instrumentariums des BMZ. In: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit. Nr.9, September 2000

Strukturpolitik erhoben. Die neue Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul brachte ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass Deutschlands Entwicklungspolitik als Friedenspolitik angesehen werden müsste, die auf Konfliktprävention und Konfliktbewältigung basiere und ein Gegenentwurf zu militärischer Intervention darstelle.¹²

In den 1990er Jahren wurden von Deutschland, Norwegen, der Weltbank und des DAC zahlreiche Studien zur Konfliktbewältigung in Auftrag gegeben. Deutschland ließ Studien zu sechs Ländern, unter ihnen Sri Lanka, anfertigen.¹³ Die Aktivitäten des BMZ wurden auf ihre Folgen für die Konfliktbewältigung geprüft. Aus diesen Studien ging im Jahr 2000 das übergreifende Konzept der „Krisenprävention und Konfliktbewältigung“ hervor. Bereits 1999 wurde ein Indikatorenmodell zur Bestimmung des Ausmaßes und der Eigenschaften von Konflikten entwickelt.

II. Die Beteiligung Deutschlands und der EU am Friedensprozess in Sri Lanka

Vor dem Friedensprozess

Gegen Ende der 1990er Jahre geriet der Konflikt in Sri Lanka in den Fokus deutscher Entwicklungspolitik. Die Bedingungen in Sri Lanka galten als vorteilhaft für neue Strategien der Konfliktbewältigung, die vom deutschen Entwicklungsministerium (BMZ) gefördert wurden. Die Entscheidung, umfassender in Sri Lanka aktiv zu werden, ging Hand in Hand mit einem neuen Bewusstsein des ‚do no harm‘. Dies führte dazu, dass die bisherige Art und Weise, Entwicklungsprogramme zu implementieren, verworfen wurde.

Es wurde anerkannt, dass frühere Formen der Entwicklungshilfe einen bedeutenden Anteil an der Anheizung des Konfliktes hatten. Diese unbefriedigende Situation rührte von der Ignoranz gegenüber den Grundursachen des Konfliktes und der Entkoppelung der Hilfsprogramme vom Konflikt. Ein Beispiel dafür ist das sogenannte Beschleunigte Mahaweli Entwicklungsprogramm (AMDP), das von Deutschland seit 1977 mit zwei Krediten im Wert von insgesamt 630 Millionen DM unterstützt wurde. Das in den 1960er Jahren begonnene Mahaweli-Entwicklungsprogramm bestand aus mehreren Bewässerungs- und Wasserkraftprojekten zur Steigerung der Stromerzeugung. Aber es war gleichzeitig auch Teil

¹² siehe Thiel, Reinhold E. (1999): Entwicklungspolitik als Friedenspolitik. Interview mit Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul. In: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit. Nr.1, Januar 1999

¹³ siehe Klingebiel, Stephan (1999): Impact on Development Cooperation in Conflict Situations. Cross-section Report on Evaluations of German development Cooperation in Six Countries. German Development Institute, Bonn

einer Reihe von Kolonisierungsprogrammen, mit denen sinhalesische Bauern aus dem Süden im Norden der Insel angesiedelt wurden. Mehr als 74 Prozent des Landes, das vom AMDP betroffen war, sollte an Sinhalesen vergeben werden – Land, das bis dahin von Tamilen bewohnt wurde. Klingebiel (2000) zufolge erwiderte die deutsche Bundesregierung im September 1983, keine zwei Monate nach der Ermordung von 3.000 Tamilen durch sinhalesische Mobs in einem staatlich organisierten Pogrom, auf eine Anfrage im Bundestag, sie sehe „keinen Auswirkungen des Projektes auf den Konflikt zwischen den Tamilen und Sinhalesen“. ¹⁴ Die Kolonisierungsprogramme, die das Mahaweli-Projekt begleiteten, wurden von der srilankischen Regierung finanziert. Dieses Beispiel illustriert die technische Art und Weise, in der die deutsche Entwicklungshilfe zu jener Zeit diskutiert wurde. In Erkenntnis dessen rückten in der neuen Herangehensweise insbesondere Konfliktsensibilisierung und die Gründung sogenannter ‚Friedensallianzen‘ vor Ort in den Fokus. ¹⁵

Das übergeordnete Ziel deutscher Entwicklungspolitik in Sri Lanka war bis dahin Armutsbekämpfung durch wirtschaftliche Entwicklungshilfe. Nach Aussage von Dr. Reinhardt Bolz, von 1997 bis 2002 Leiter der GTZ-Büros in Sri Lanka, begann in 1997 jedoch eine Diskussion darüber, wie man effektiv auf den Bürgerkrieg reagieren könne, zumal Deutschland sich bereits 1996 bereit erklärt hatte, Projekte in Jaffna, Vavuniya und Trincomalee durchzuführen. Dieser Schritt markierte den Anfang einer systematischen Umstrukturierung der deutschen Entwicklungshilfe im Kontext der Konfliktbewältigung. Von 1999 bis 2000 wurde die gesamte strategische Ausrichtung des Landesprogramms für Sri Lanka geändert. Mit Rehabilitierungsmaßnahmen in der Region Trincomalee und dem Programm zur Grundschulbildung von Kindern in benachteiligten Gebieten (BECARE) in Vavuniya, das in der Folge auf die gesamte Nordost-Provinz und schließlich auf das ganze Land ausgeweitet wurde, wurden zudem zwei weitere Programme in Leben gerufen. In dieser Zeit wurde Sri Lanka in den Rang eines sogenannten Partnerlandes mit einem ausgewählten Schwerpunktgebiet erhoben. Obwohl Armutsbekämpfung der eigentliche Schwerpunkt gewesen sei, erklärt Bolz, dass das deutsche Engagement in der Konflikttransformation als erfolgreich angesehen worden und daher zu einem zweiten Schwerpunkt gemacht worden sei. Deutschlands zweiläufiger Ansatz beruhte während dieser Zeit im Wesentlichen auf einem ‚armutsbezogenen Entwicklungsprozess‘ durch Marktwirtschafts- und Bildungsprogramme

¹⁴ Klingebiel, Stephan; Jakob Rösel (2000): Fallbeispiel: Sri Lanka - Konditionierung

¹⁵ siehe auch Debiel, Tobias; Volker Matthies (2000): Krisenprävention - mehr Fragen als Antworten? Eine Zwischenbilanz zur deutschen Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. In: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit. Nr.9, September 2000

auf der einen Seite und dem sogenannten Programm zur Armutsbekämpfung und Konflikttransformation (PACT) auf der anderen. Die erste Projektgruppe machte 80 Prozent aller Entwicklungsprojekte aus. Obwohl sie hauptsächlich im Bereich der Entwicklungshilfe angesiedelt waren, waren alle Programme dennoch unter dem Gesichtspunkt der Konfliktsensibilität ausgerichtet. Die zweite Gruppe umfasste Projekte in den Konfliktgebieten im Norden und Osten in den Bereichen der Rehabilitierung und Versöhnungsarbeit, aber auch Entwicklung.

Nach Aussage von Tania Rödiger-Vorwerk vom BMZ war Deutschland eines der wenigen Länder, die bereits während des Krieges im Nordosten Sri Lankas aktiv waren, was Deutschland in eine bessere Position brachte, seine Programme auszudehnen, als der Friedensprozess begonnen wurde.¹⁶ Neben der Arbeit direkt in der Konfliktregion war Deutschland eines von wenigen Ländern wie Norwegen, Kanada und den Niederlanden, die das Engagement von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bereichen wie Menschenrechte, Konfliktbewältigung, Rechtsreformen, etc. unterstützte. Wie Goodhand (2001) erklärt: *„Obwohl das Ausmaß der Förderung gering ist (...), übten diese bilateralen Geldgeber einen wichtigen Einfluss aus, indem sie alternative Ansätze einführten und Fragen wie Menschenrechte und Friedensförderung aufwarfen, die von regierungsfokussierten Gebern gemieden wurden.“*¹⁷

Die bis dahin von Gebern wie Japan und der ADB vertretenen Linie, dass *„im Falle eines Zusammenhangs von Konflikt und Entwicklung, der Konflikt als Hindernis angesehen wird, der durch eine größere Marktöffnung und Deregulierung entfernt werden kann“*¹⁸, wurde von Deutschland in eine übergeordnete Strategie der Konfliktbewältigung eingebunden. Neben Programmen direkt in der Konfliktregion im Norden und Osten zielten ‚Hearts and Minds‘-Programme im Süden darauf ab,

- 1) durch eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen eine friedliche Lösung des Konfliktes und Verfassungsreformen zu unterstützen
- 2) die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu stärken, die massiv unter den Auswirkungen des Krieges zu leiden hatte

¹⁶ Zunzer, Wofram (2004): Sri Lanka Round Table. New Perspectives in the Sri Lankan Peace Process - The Current Political Situation and the Role of the International Community.

¹⁷ Goodhand, Jonathan; Phillipa Atkinson (2001): Conflict and Aid: Enhancing the Peacebuilding Impact of International Engagement. International Alert, London

¹⁸ ebd.

- 3) die materielle Situation der sinhalesischen Bevölkerung im Süden zu verbessern.

Deutschland gehörte zu einer kleinen Gruppe sogenannter ‚gleichgesinnter Länder‘, die *„den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Konflikt anerkennen und einen expliziten Fokus auf die Bewältigung von Konflikten gelegt haben. Norwegen, Kanada, die Niederlande, Deutschland, Schweden, die Schweiz und Großbritannien haben begonnen, programmatische Möglichkeiten zur Bewältigung von Konflikten auszuloten“*, schreibt Goodhand.¹⁹ Der Richtungswechsel hin zur Konfliktbewältigung vor Ort, der von Deutschlands Hilfswerken vollzogen wurde, wurde begleitet von einer verbesserten Kooperation zwischen diesen Ländern und einer Ausweitung diplomatischer Bemühungen auf internationaler Ebene, z.B. in Treffen der sogenannten Paris Aid Group, um auf ein größeres gemeinsames Engagement hinzuarbeiten.

Diese Anstrengungen wurden während des Friedensprozesses intensiviert. Deutschland bemühte sich, strategische Allianzen mit anderen Ländern und Organisationen zu formen, um seinen Einfluss auf den Friedensprozess zu vergrößern. Innerhalb der EU versuchte Deutschland, das Staatenbündnis zu einer klaren politischen Position zum Friedensprozess zu bewegen, um die Rolle der EU in der Gruppe der Co-Vorsitzenden zu stärken.²⁰

Der Querschnitt-Bericht zur Wirkung von Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen, in dem auch Sri Lanka behandelt wurde, kam ebenfalls zu dem Schluss, dass eine bedeutende Verlagerung von konfliktunabhängiger Arbeit hin zu einem bewussten Ansatz eingetreten ist, bei der Beilegung von Konflikten zu helfen. Tatsächlich wurden in dem Bericht mehrere Instrumente der Entwicklungshilfe zur Anwendung in Konfliktsituationen empfohlen, die später von Deutschland während dessen Engagement im Friedensprozess übernommen wurden. Zum Beispiel wurde eine direkte offene Unterstützung der Regierungsseite als falsches Signal an beide Seiten betrachtet. Auch wurde der mangelnde Zugang zu Gebieten unter Rebellen-Kontrolle als problematisch eingestuft, da dies – neben der politischen Dimension – regionale Ungleichgewichte begünstige. Zur Behebung dieser Probleme wurde empfohlen, vermehrte auf den Einsatz von Nichtregierungsorganisationen (NGO) zurückzugreifen, die in Rebellengebieten operieren könnten, und neue Kooperationsformen, wie ‚offene Fonds‘, einzuführen. Beide Empfehlungen wurden später vom BMZ übernommen.

¹⁹ ebd.

²⁰ siehe Zunzer (2004)

Darüber hinaus wurde in dem Bericht explizit auf die Dynamiken in der internationalen politischen Arena hingewiesen, in der sich die deutsche Entwicklungshilfe bewegen müsse. Deutschlands Entwicklungshilfe sei nicht nur durch die Situation im jeweiligen Gastland Einschränkungen unterworfen, sondern werde insbesondere durch externe Faktoren limitiert, wie Interessenkonflikte mit anderen Mächten. Ausgenommen Sri Lanka wurden für alle anderen untersuchten Länder externe Interessen als wesentliche Faktoren identifiziert, die einer Umsetzung der deutschen Entwicklungspolitik entgegenstanden. In El Salvador wurde das dortige Regime durch die Vereinigten Staaten massiv wirtschaftlich und militärisch unterstützt. Obwohl Deutschland beabsichtigte, sich in der Lösung des Konflikts in El Salvador zu engagieren, beschränkte es sich auf klassische Entwicklungshilfe. In Ruanda musste Deutschland französische und US-amerikanische Interessen berücksichtigen. In Kenia waren es britische und in Äthiopien wieder US-amerikanische Interessen.

Überraschenderweise galt der Konflikt in Sri Lanka zu jener Zeit nicht als internationalisiert – zumindest nicht offiziell in dem Bericht. Diese Sichtweise ist in nahezu allen Bericht von Organisationen vorherrschend, die sich mit Sri Lanka beschäftigen. Erst nach der Zerschlagung der LTTE und dem Ende des Krieges wurde zunehmend auf die strategische Bedeutung der Insel aufmerksam gemacht. Diese Tatsache deutet darauf hin, dass Deutschland sich mit größter Wahrscheinlichkeit der internationalen Faktoren des Konfliktes bewusst war, sie aber aufgrund der Entwicklungen in Sri Lanka in jener Zeit nicht exponieren wollte.

Vor dem Beginn des Friedensprozesses in 2002 hatte es seitens der srilankischen Regierung einige ernsthafte Bemühungen für eine friedliche Beilegung des Konfliktes gegeben. Die Regierung begann zu realisieren, dass eine Überwindung des ökonomischen und sozialen Desaster unmöglich war, wenn sich strikt an eine militärische Lösung gehalten wurde, die von externen Kräfte militärisch und politisch unterstützt wurde. Der Konflikt war der Hauptgrund für fallende Investitionen, rückläufige Touristenzahlen, etc. Die Regierung musste mit den Geberländern besprechen, wie das Hauptproblem zu lösen war. An diesem Punkt begann die Debatte über neue Kooperationsweisen in der Konfliktlösung.

Ein Prinzip war, dass die srilankische Regierung gemeinsam mit den Gebern (bilaterale/multilaterale und Vertreter der Zivilgesellschaft) sogenannte ‚politische

Rahmenkonzepte' formulieren müsse: 1) ‚politisches Rahmenkonzept zur Armutsbekämpfung' und ‚Armutsbekämpfungsstrategie (PRS)'; 2) ‚politisches Rahmenkonzept zur Hilfe, Rehabilitierung und Versöhnung (RRR)'. Dieser weitangelegte Prozess dauerte nahezu vier Jahre. Die Rahmenkonzepte dienten als Richtlinien für alle Projekte und Programme.

Die LTTE öffnet den Weg zu einer friedlichen Lösung

Als in dem deutschen Querschnittbericht zu jener Zeit beschrieben wurde, dass externe Faktoren ein größeres Engagement in Sri Lanka begünstigen würden, implizierte dies, dass der internationale und nationale Rückhalt für eine militärische Lösung erheblich geschwächt war. Seit 1997 hatte die LTTE eine Reihe entscheidender militärischer Siege errungen. Die weitere Verfolgung einer militärischen Lösung wurde durch diesen Umstand zunehmend diskreditiert.

Im April 2000 überrannte die LTTE schließlich den Militärkomplex des Elefant Pass. Die Garnison, die am Zugang zur Halbinsel Jaffna lag, war von den US-amerikanischen und britischen Militärberatern Sri Lankas als uneinnehmbar deklariert worden. Während des Angriffs auf die Militäranlagen überrannte die LTTE nicht nur die Verteidigungsanlagen, die von den US-Amerikanern und Briten organisiert und zuvor bei einem Besuch US-amerikanischer und britischer Offiziere und Diplomaten gepriesen worden waren, sondern vernichtete darüber hinaus die srilankischen Elitetruppen der 53. Division, die ebenfalls von der USA ausgebildet und zur Stärkung der Verteidigungsanlagen des Militärkomplexes eilig herbeigeordnet worden waren.

Mit diesem militärischen Sieg versetzte die LTTE nicht nur der srilankischen Armee einen entscheidenden Schlag, sondern besiegte – temporär – zudem den US-amerikanischen militärischen Ansatz der Konfliktlösung. Dies bedeutete im Wesentlichen, dass die LTTE denjenigen Mächten, namentlich Deutschland, die eine friedliche Strategie verfolgten, den Weg eröffneten, aus der Deckung zu kommen und eine öffentlichere Rolle zu spielen. Das militärische Gleichgewicht, das die LTTE errungen hatte, diskreditierte den militärischen Ansatz unter der sinhalesischen Elite und großen Teilen der sinhalesischen Bevölkerung, da sich die wirtschaftliche Situation massiv verschlechterte.

Dies versetzte Deutschland und die ‚gleichgesinnten‘ europäischen Länder in die Lage, ungeachtet US-amerikanischer Interessen zu handeln, und machte es möglich, dass Deutschlands Engagement eine Wirkkraft einfließen könnte, die weit über die Grenzen der gewöhnlichen Konkurrenz der beiden Länder hinausgehen würde. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland sein Engagement in Sri Lanka unmittelbar nach dem militärischen Debakel der USA verstärkte, ist nicht reiner Zufall, sondern muss mit einer bewussten Analyse der existierenden Bedingungen durch Deutschland begründet werden.

Ob diese Denkweise innerhalb der deutschen Regierungskreise existierte, ist offiziell nicht belegt. In inoffiziellen Gesprächen mit damals beteiligten Entscheidungsträgern aus Regierung, Verwaltung und dem NGO-Sektor wurde dies allerdings explizit bestätigt. Zudem scheinen die richtigen Personen nach Sri Lanka geschickt worden sein – z.B. mit Erfahrungen aus Ruanda, die Kenntnis von der US-amerikanischen Involvierung in den damaligen Ereignissen in dem Land hatten – um den eigenen Ansatz zur Konfliktlösung vor Ort voranzutreiben.

Nachdem die LTTE mehrmals versucht hatte, ihre militärischen Erfolge zur Eröffnung von Friedensgesprächen zu nutzen, waren erst gegen Ende der 1990er Jahre die internationalen und nationalen Bedingungen der Friedensinitiative der LTTE zuträglich, da nur zu jener Zeit eine starke Allianz von Ländern existierte, die bereit waren, ihren neuen Ansatz einer friedlichen Konfliktlösung dem militärischen Ansatz als Alternative entgegenzusetzen.

Die Akzeptanz der drei Grundprämissen – keine militärische Lösung der Tamilischen Frage, eine verfassungsmäßige Lösung und Statusgleichheit zwischen den Verhandlungsparteien – als Voraussetzung ihres Engagements bewies, dass die Co-Vorsitzenden des Friedensprozesses die Dominanz der europäischen Linie über den militärischen Ansatz der USA und Großbritanniens anerkannten.

Nur unter diesen Bedingungen konnte eine friedliche Lösung, die auf einer Einigung durch Verhandlungen beruhte, Wirklichkeit werden. Die Entscheidung der LTTE, den Sinhalesen Friedensgespräche anzubieten, beruhte auf der Zuversicht, dass Europa die Chance ergreifen würde, die ihnen geboten wurde, nachdem sie durch die LTTE zumindest zeitweise von der Dominanz durch die US-britische Allianz befreit worden waren, und dass sie sich an die progressive Rolle halten würden, die sie bis dahin spielten.

Während des Friedensprozesses

Deutschland war sich von Beginn an des prekären Charakters des Friedensprozesses bewusst und erkannte die Notwendigkeit, friedensfördernde Maßnahmen zu identifizieren und zu stärken. Es wurde verstanden, dass sich Konfliktbewältigung nicht nur auf Friedensverhandlungen zwischen den Konfliktparteien beschränken konnte, sondern darüber hinaus einen inklusiven Ansatz zur Transformation der Dynamiken bedurfte, die dem Konflikt zugrunde liegen. Aus diesem Grund begnügte sich die deutsche Entwicklungshilfe nicht auf einige Hilfsprojekte in der Konfliktzone, sondern legte ihren Augenmerk auf Initiativen, mit denen die Tamilen und Sinhalesen zusammengebracht werden sollten und ein Bewusstsein für eine friedliche Koexistenz geschaffen werden sollte. In diesem Sinne beschäftigte sich ein Großteil der Arbeit mit der sinhalesischen Bevölkerung – indem eine Art materieller ‚Friedensdividende‘ vergeben und ein Gefühl für den Frieden geschaffen wurde – um den Friedensprozess zu stärken. Neben der Umsetzung eigener Projekte wurden insbesondere die Aktivitäten der Berghof Stiftung mitfinanziert, die mit Instituten wie dem Center for Policy Alternatives (CPA) in Sri Lanka kollaborierte.

Deutschland beteiligte sich am NERF (North East Rehabilitation Fund) – welcher der Weltbank unterstellt war. Dieser Fonds diente dazu, Fördermittel an SIHRN (Sub-committee on Immediate Humanitarian and Rehabilitation Needs) zu verteilen. SIHRN war eines der Unterkomitees, die getreu dem Waffenstillstandsabkommen (CFA) von beiden Seiten eingerichtet worden waren, um dringende humanitäre Fragen bereits zu lösen, bevor es zu einem Friedensvertrag kam. Während eines der drei Unterkomitees aufgrund fehlender Umsetzung des CFA durch die srilankische Armee (SLA) scheiterte, brach SIHRN in sich zusammen, nachdem die LTTE von der Geberkonferenz in Washington ausgeschlossen wurde. NERF wurde wegen vermeintlicher verfassungsrechtlicher Bedenken niemals umgesetzt, da es angeblich gegen die geldwirtschaftlichen Souveränitätsrechte Sri Lankas verstieß. Unter den in der Konfliktbewältigung tätigen Organisationen und Institutionen galt NERF hingegen als eine der zwei Grundsäulen des Friedensprozesses – PTOMS (Post-Tsunami Operational Management Structure) war die andere. Obwohl aus materieller Sicht unbedeutend, brachten sie beide Konfliktparteien auf konkreter und praktischer Ebene zusammen. Beide Säulen wurden explizit von Deutschland unterstützt. NERF wurde von der srilankischen Armee zum Scheitern gebracht, während die PTOMS in einem im Grunde gemeinsamen Angriff der USA und sinhalesisch-extremistischen Partei JVP zerstört wurde.

In Berlin wurde die fünfte Runde der Friedensgespräche abgehalten. Darüber hinaus wurde eine äußerst offene Haltung eingenommen, die eine Interaktion beider Konfliktparteien, z.B. während des Runden Tisches in 2004 in Berlin, und eine Rundreise von LTTE-Vertretern zur Erforschung verschiedener Formen des Föderalismus in Europa ermöglichte. Diese Haltung wurde von den sogenannten ‚gleichgesinnten‘ Ländern geteilt.

Nichtsdestotrotz waren weder die Co-Vorsitzenden noch die ‚gleichgesinnten‘ Länder ein monolithischer Block. Obwohl die Utstein-Gruppe (1999 von den Entwicklungsministerinnen Deutschlands, der Niederlande, Norwegens und Großbritanniens gegründet) den neuen Ansatz der Konfliktbewältigung verkörperte, zeigt doch der Rücktritt der britischen Entwicklungsministerin Claire Short aus dem britischen Kabinett, den sie 2003 aus Protest gegen den Irak-Krieg erklärte, dass dieser Ansatz innerhalb der politischen Kreise der jeweiligen Länder umstritten war. Wenn dieses Kräftespiel innerhalb der Länder der Utstein-Gruppe auftrat, so waren sie innerhalb der Gruppe der Co-Vorsitzenden umso präsenter. Die Spaltung, die innerhalb der Co-Vorsitzenden bezüglich ihrer Haltung zum Irak-Krieg existierte, markierte auch die Bruchlinie zwischen den unterschiedlichen Positionen zum Konflikt in Sri Lanka. In einer Untersuchung des Berghof Instituts zur Transformierung der LTTE aus dem Jahre 2008 heißt es, dass Deutschland beide Konfliktparteien gleichwertig behandelte, während die USA den traditionellen Ansatz der Aufstandsbekämpfung verfolgte.²¹ Der ehemalige US-Botschafter Lundsted (2007) anerkennt, dass die USA ihre militärische Unterstützung Sri Lankas vorsätzlich und in großem Umfang beschleunigten.²² Das Berghof Institut fasst dies wie folgt zusammen: „(...) *bedeutende internationale Unterstützung des srilankischen Staates bei der Wiederbewaffnung und Neuorganisierung seiner kriegsmüden Streitkräfte, internationale Maßnahmen zur Einschränkung der Versorgung der LTTE (einschließlich der Unterstützung der srilankischen Marine bei der Zerstörung von LTTE-Handelsschiffen, die Waffen geladen haben könnten), Bereitstellung massiver bilateraler und multilateraler Hilfe zur Stabilisierung und dem Wiederaufbau der kriegsgeschädigten Wirtschaft Sri Lankas, etc. Mit der Zeit war die Gesamtwirkung dieser Maßnahmen simpel: die strategische Balance, die den Friedensprozess herbeigeführt hat, unaufhaltsam zugunsten des Staates zu kippen.*“²³

²¹ siehe Nadarajah, Suthaharan; Luxshi Vimalarajah (2008): The Politics of Transformation: The LTTE and the 2002-2006 peace process in Sri Lanka. Berghof Transitions Series No. 4

²² siehe Lunstead, Jeffrey (2007): The United State’s Role in Sri Lanka’s Peace Process 2002-2006. The Asia Foundation

²³ Nadarajah (2008)

Im Laufe des Friedensprozesses wurde der von Deutschland verfolgte Ansatz der Konfliktbewältigung zunehmend geschwächt, während die militärische Lösung wieder die Oberhand gewann. Höhepunkt dieses Paradigmenwechsels zugunsten der Methodik der militärischen Aufstandsbekämpfung, die von den USA und Großbritannien propagiert wurde, war der Beschluss der EU, die LTTE als terroristische Organisation zu verbieten. Diese Entscheidung wurde sowohl von den Waffenstillstandsbeobachtern der Sri Lanka Monitoring Mission (SLMM), den Botschaftern der EU-Länder in Sri Lanka und den großen INGOs rigoros abgelehnt. Zwei Monate nach dem Verbot kehrte die srilankische Regierung einer Verhandlungslösung entgültig den Rücken zu und begann eine großangelegte Militäroffensive gegen die LTTE-kontrollierten Gebiete im Osten Sri Lankas. Die SLMM verurteilte diesen Schritt aufs Schärfste. Der Leiter der SLMM, Generalmajor Ulf Henricsson aus Schweden, verkündete öffentlich, dass die Entscheidung zugunsten eines EU-Verbots der LTTE nicht im EU-Parlament, sondern in den Brüsseler ‚Cafés‘ getroffen worden sei. Er brachte damit den Vorwurf zum Ausdruck, dass die Entscheidung unter anhaltendem Druck der USA und Großbritanniens zustande gekommen sei.²⁴ Der damalige srilankische Außenminister Mangala Samaraweera bestätigte Henricssons Vorwurf faktisch in einer Rede vor dem srilankischen Parlament im April 2012: *„Wir dürfen nicht die Unterstützung der USA beim Verbot der LTTE in Europa während meiner Zeit als Außenminister vergessen. Damals waren sieben Länder der 25 EU-Mitglieder nicht mit einem Verbot der LTTE einverstanden. Es wurde schwierig, das Verbot als einstimmige Entscheidung zu verabschieden. Daher kam ich mehrmals mit [US-] Außenministerin Condoleezza Rice zusammen, und durch das Büro vom Stellvertretenden Außenminister Nicholas Burns erhielt ich die Zustimmung dieser sieben Staaten für ein Verbot der LTTE am 29. Mai 2006.“*²⁵

Deutschland befand sich zwar nicht unter diesen sieben Ländern, hatte sich aber nur kurz vor dem gemeinsamen Beschluss dafür entschieden, das Verbot mitzutragen. Angesichts der Rolle, die Deutschland bis dahin im Friedensprozess spielte, gab es innerhalb der deutschen Regierung Kreise, die entschiedenen Widerstand gegen ein Verbot als Schritt leisteten, der zwangsläufig zum Krieg führen würde. Deutschland befand sich offensichtlich in einem Dilemma, konnte aber die Beziehungen zu seinen wichtigen westlichen Partnern nicht

²⁴ siehe z.B. LankaNewspapers (2006): SLMM Head slams EU, says GoSL, LTTE equal partners, Abgerufen von: <http://www.lankanewspapers.com/news/2006/8/8263.html>

²⁵ Colombo Telegraph (2012): Rajapaksa. Then and Now. Abgerufen von: <https://www.colombotelegraph.com/index.php/rajapaksa-then-and-now/>

aufgrund des Konfliktes in Sri Lanka riskieren. Diese Entscheidung hatte natürlich tragische Konsequenzen für Deutschlands positives Engagement in Sri Lanka.

Quellen

Colombo Telegraph (2012): Rajapaksa. Then and Now. Abgerufen von:

<https://www.colombotelegraph.com/index.php/rajapaksa-then-and-now/>

Debiel, Tobias; Volker Matthies (2000): Krisenprävention - mehr Fragen als Antworten? Eine Zwischenbilanz zur deutschen Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. In: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit. Nr.9, September 2000

Der Spiegel (2013): Exportboom: Deutschland steuert auf Rekordüberschuss zu. Abgerufen von <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/exportboom-deutschland-steuert-auf-rekordueberschuss-zu-a-920607.html>

Goodhand, Jonathan; Phillipa Atkinson (2001): Conflict and Aid: Enhancing the Peacebuilding Impact of International Engagement. International Alert, London

Kaufman, Mark (1996): U.S. quietly expands its role in Sri Lanka. Green Berets help train soldiers, open path for military presence. The Dallas Morning News

Kenneweg, Jochen (2000): Länderkonzepte und Förderstrategien. Zur Weiterentwicklung des Instrumentariums des BMZ. In: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit. Nr.9, September 2000

Klemp, Ludgera (2001): Entwicklungspolitik am Scheideweg – politische Randerscheinung oder globale Strukturpolitik? In: Politik und Zeitgeschichte, B 18-19/2001

Klingebiel, Stephan (1999): Impact on Development Cooperation in Conflict Situations. Cross-section Report on Evaluations of German development Cooperation in Six Countries. German Development Institute, Bonn

Klingebiel, Stephan; Jakob Rösel (2000): Fallbeispiel: Sri Lanka - Konditionierung

LankaNewspapers (2006): SLMM Head slams EU, says GoSL, LTTE equal partners, Abgerufen von: <http://www.lankanewspapers.com/news/2006/8/8263.html>

Lunstead, Jeffrey (2007): *The United State's Role in Sri Lanka's Peace Process 2002-2006*.
The Asia Foundation

Muni, S.D. (1993): *Pangs of Proximity. India and Sri Lanka's Ethnic Crisis*. Sage
Publications, New Delhi

Nadarajah, Suthaharan; Luxshi Vimalarajah (2008): *The Politics of Transformation: The
LTTE and the 2002-2006 peace process in Sri Lanka*. Berghof Transitions Series No. 4

Statista (2013): *Exporte aus Deutschland nach Güterabteilungen*. Abgerufen von:
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/151019/umfrage/exportgueter-aus-deutschland/>

Stokke, Christian (2011): *Liberal Peace in Question. The Sri Lankan Case*. In: Stokke,
Christian; Jayadeva Uyangoda: *Liberal Peace in Question: Politics of State and Market
Reform in Sri Lanka*. Anthem Press, London

Thiel, Reinhold E. (1999): *Entwicklungspolitik als Friedenspolitik*. Interview mit Ministerin
Heidmarie Wieczorek-Zeul. In: *E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit*. Nr.1, Januar 1999

Venugopal, Rajesh (2003): *The global Dimensions of Conflict in Sri Lanka*. Working Paper
Number 99. Queen Elizabeth House, Oxford.

Zunzer, Wofram (2004): *Sri Lanka Round Table. New Perspectives in the Sri Lankan Peace
Process - The Current Political Situation and the Role of the International
Community*.